Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 268. Sonnabend, 15. November 1924, abends. 77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Rechtzeitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Von der Tagung in Dortmund.

6. Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei.

Unter zahlreicher Teilnahme fand am Freitag im „Fredenbaum" zu Dortmund der eigentliche Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei statt, der von Staatssekretär **Kemkes** eröffnet wurde. Zum Vorsitzenden wurde Geheimrat **Prof. Dr. Kahl** gewählt, der in seiner Begrüßungsrede betonte, daß bei den bevorstehenden Wahlen von dem mangelhaft unterrichteten Wähler vom 4. Mai an das besser unterrichtete deutsche Volk vom 7. Dezember appelliert werden solle. Das Hauptverdienst an dem in der Außenpolitik Erreichten habe der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann, und mit ihm die Partei selbst. (Lebhafter Beifall.) Unter den zahlreichen **Begrüßungsansprachen** ist zu erwähnen die des Vorsitzenden der Deutschen Nationalpartei in der Tschecho-Slowakei, **Dr. v. Lodgmann.**

Als Grundlage der sachlichen Verhandlungen diente das Thema **„Nationale Realpolitik."** Preußischer Landtagsabg. **Dr. Leidig** gab einen Ueberblick über die preußische Politik der letzten vier Jahre. Er betonte u. a., daß die preußische Schulpolitik jetzt von Dr. Völitz ganz anders geleitet werde als vorher von Adolf Hoffmann und Conrad Haenisch. „Unsere Liebe, so erklärte Redner, ist Severing nicht, aber wir haben doch mit ihm zusammenarbeiten können. Fast um jeden Nachtwächter habe ich mit Severing gekämpft." (Heiterkeit.) Von 400 Landräten ständen mindestens 200 in ihrem nationalen Empfinden der Deutschen Volkspartei nahe. Der Redner wandte sich gegen den welfischen Separatismus und verlangte die Beseitigung des Artikels 18 der Reichsverfassung.

Hierauf wurde zwischendurch die

Aufwertungsfrage

behandelt, über die in einem Ueberblick der Abgeordnete **Dr. Wunderlich**-Leipzig berichtete, wobei er besonders der verdienstvollen Tätigkeit des verstorbenen Dr. Düringer gedachte. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei habe verantwortungsbewußte Aufwertungspolitik getrieben und als erste einen Gesetzentwurf verlangt, und schließlich die Einsetzung eines Unterausschusses herbeigeführt, der praktische Arbeit geleistet habe. Unverständlich sei es, daß der Rentner- und Sparerverband sich nur für die Deutschnationalen und die Völkischen erklärt habe; dabei sei die Deutsche Volkspartei die eigentliche Aufwertungspartei. Die sogenannte Soziallösung des Finanzministers, für die auch die Demokraten mit Dernburg seien, (hört! hört!) sei ein Almosen, hier handle es sich aber um eine Rechtsfrage. (Stürm. Beifall.) — Nachdem Frau Direktor **Matz** zur Zeit Stettin als Korreferentin vor allem die ethische Seite der Aufwertungsfrage behandelt hatte, begrüßte der Vorsitzende den inzwischen eingetroffenen Parteiführer Dr. Stresemann.

Reichsminister Dr. Stresemann

hielt hierauf eine längere Rede, in der er zunächst über die **Außenpolitik** sprach. Dr. Schacht habe von einer demokratischen Außenpolitik gesprochen (Heiterkeit), man könne aber den Sinn einer außenpolitischen Stellungnahme nicht in parteipolitische Fesseln schlagen. Ich muß es, so fuhr Redner fort, ablehnen, von demokratischer oder konservativer Außenpolitik zu sprechen. Dafür hat Erkelenz mir bescheinigt, daß es mir an politischem Fingerspitzengefühl fehle (große Heiterkeit.) Es unterliegt keinem Zweifel, daß mächtige Kräfte am Werke sind, die den Sinn der neuen Reichstagswahlen darin sehen, einen deutschen Linksblock zu schaffen (Hört! hört!) Sie erwarten davon außenpolitische Vorteile, wogegen aber die Erfahrungen sprechen. Wir haben beinah schematisch die Grundsätze der westlichen Demokratien übernommen. Das hat aber den Frieden von Versailles nicht verhindert. Wir haben eine Regierung des Linksblocks unter Wirth gehabt; damals kam die Entscheidung über Oberschlesien und Kattowitz fiel an Polen. Die Außenpolitik darf nicht in das Prokrustesbett der Parteipolitik hineingedrängt werden. Nationale Realpolitik ist auch unvereinbar mit Illusionspolitik.

Bei den **Deutschvölkischen** brauche ich mich nicht lange aufzuhalten, auch die Wählerschaft wird das nicht tun (Heiterkeit.) Sie treiben lediglich Kraftmeiertum. Unsere nationale Realpolitik trennt uns aber auch von den Illusionen der Linken. Wir verwahren uns gegen die moralische Kriegsschuld Deutschlands, erkennen aber die Folgen des verlorenen Krieges an.

Der Redner polemisiert **gegen Ausführungen des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth** über die Reparationsfrage und rechtfertigt weiterhin seine Haltung als Außenminister in dieser Angelegenheit. In Hannover sei betont worden: durch Arbeit und Opfer zur Freiheit und darin war klar ausgedrückt, daß wir ohne Erringung der Freiheit die Opfer nicht bringen wollten. Bei einer Verständigung mit unseren Kriegsgegnern müssen wir auch **auf Deutschlands Lebensinteressen Rücksicht nehmen.** Nachdem man uns zum Eintritt in den Völkerbund eingeladen hat, sind wir dazu bereit, wenn wir die Sicherheit haben, daß wir als gleichberechtigte Großmacht eintreten. Wir werden auch keine Erklärungen abgeben, die eine moralische Belastung bedeuten. Wir fordern weiter das Recht kolonialer Betätigung. **Nationale Realpolitik, die sich nicht in Illusionen der Macht wiegt, und das Gefühl nationaler Würde nicht vermissen läßt, ist die einzige Politik die wir machen können.**

Zur **Innenpolitik** betonte der Redner, daß die **grundsätzliche Einstellung der Deutschen Volkspartei sich nicht geändert habe,** aber jede Taktik einer Partei müsse mit parlamentarischen Möglichkeiten rechnen. Die bedeutsame Wendung der Deutschnationalen bei der Abstimmung am 29. August sei entscheidend gewesen. **Die Haltung der Deutschen Volkspartei über die Hinzuziehung der Deutschnationalen** sei von rein staatspolitischen Erwägungen eingegeben. Wenn die Republik grundsätzlich die Mitarbeit der Deutschnationalen zurückweise, so begehe sie denselben historischen Fehler wie das alte Deutschland mit der Nichtheranziehung der Sozialdemokratie. Alle Empfindlichkeiten müßten in dieser Frage beiseite bleiben. Die Demokraten vergäßen, daß ihre eigenen Vertrauensmänner Hamm und Geßler für die Erweiterung der Regierung nach rechts waren. Wir sind und bleiben, so erklärte Redner, **die alte nationalliberale Partei,** die Partei der Reichsgründung und der Reichserhaltung."

Nach der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede Dr. Stresemanns sang die Versammlung das Deutschlandlied. Der Parteitag nahm darauf einmütig den vorgeschlagenen **Wahlaufruf** der Deutschen Volkspartei an. Ferner wurde einstimmig eine **Entschließung zur Aufwertungsfrage** angenommen, die die baldige Aufnahme des Zinsendienstes für die öffentlichen Anleihen unter Ausschluß der Inflations- und Aufwertungsgewinnler, eine angemessene Erhöhung des Aufwertungssatzes und die Rückwirkung der Aufwertungsvorschriften auf bereits vor der dritten Steuernotverordnung getilgte Schuldverhältnisse fordert.

Der Parteitag wurde um 3 Uhr nachm. geschlossen.

Steuern und Preise.

WB. Die Kritik an der neuen Preisermäßigungs-Aktion der Reichsregierung ist besonders scharf gewesen. Als Grund hierfür ist natürlich in erster Linie der Wahlkampf anzusehen. Die nicht zur bisherigen Regierungskoalition gehörenden Parteien werfen dem Kabinett vor, sie benutzen den Steuerabbau zu Propagandazwecken. Dieser Vorwurf ist schon deshalb ungerechtfertigt, weil ja bekanntlich die Trennungslinie der beiden großen, einander bekämpfenden Parteigruppen mitten durch die bisherige Regierungskoalition hindurchläuft. Man wird daher die Regierungsverordnung über die Ermäßigung wichtiger Steuern als eine rein wirtschaftspolitische Maßnahme ansehen und werten müssen. Die praktische Frage, um die es sich hier handelt, lautet: Hat die Steuerermäßigung Aussicht, zu einer Preisermäßigung zu führen?

Ein Teil der Steuerermäßigungen bezweckt die Herabsetzung der Gestehungskosten für wichtige Verbrauchsgegenstände. Wenn innerhalb von wenigen Wochen die Umsatzsteuer von 2½ auf 2 dann wieder von 2 auf 1½ Prozent, also um volle 40 Prozent herabgesetzt worden ist, so muß dies auf den Verkaufspreis beim Einzelhändler einwirken. 1 Prozent vom Warenwert — so hoch beläuft sich die Ermäßigung — bedeutet in Wirklichkeit die Möglichkeit, die Ware um mehrere Prozent zu verbilligen, weil ja doch bei jedem einzelnen Uebergang: vom Produzenten auf den Weiterverarbeiter, von diesem wieder auf den Großhändler und schließlich vom Großhändler auf den Kleinhändler diese Ermäßigung der Steuer um 1 Prozent des Warenwertes eintritt. Zu einer Ermäßigung der Gestehungskosten führt die Verminderung der Steuervorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer. Bisher war es vielfach so, daß Einkommen versteuert wurden, die früher einmal bestanden haben, in der betreffenden Steuerperiode jedoch gar nicht eingetreten sind. Mittelbar wirkt auf die Warenpreise die Erhöhung des sogenannten „steuerfreien Existenz-Minimums" bei den Gehalts- und Lohnempfängern und die Ermäßigung des Lohnabzuges ein.

Praktisch kommt dies in einer gesteigerten Kaufkraft der zurzeit bestehenden Löhne und damit in einer Minderung des Anreizes zu Lohnforderungen zum Ausdruck. Die Gegner der Preisermäßigungs-Aktion sitzen überall dort, wo der Produzent bezw. der Händler kurzsichtig und hartnäckig an den zurzeit geltenden Preisen festhält und sich weigert, die Steuerersparnisse in seinen Warenpreisen zum Ausdruck zu bringen. Besonders Absatzkartelle und Preiskonventionen stören die Auswirkung planmäßiger Regierungsaktionen zur Ermäßigung des Preisniveaus und zur Steigerung der deutschen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Natürlich ist nicht jede Preisverabredung und nicht jedes Festhalten an einem einmal bestehenden Preisniveau als ungerechtfertigt und unsozial zu bezeichnen. Oft bildet das Festhalten an einem gewissen auskömmlichen Preisniveau im Inlandgeschäft die unentbehrliche Voraussetzung dafür, daß die mit der Erweiterung des Auslandsabsatzes notwendig verbundenen Verluste getragen werden können. Auch wo solche Erwägungen aufgestellt werden, sollten es sich die Produzenten und Händler reiflich überlegen, ob sie sich dem von der Reichsregierung auf die Preise ausgeübten Druck widersetzen sollen. Es handelt sich nicht nur um das praktische Ergebnis, daß die fortgesetzte Steigerung der Lebenshaltungskosten ihr Ende findet, sondern auch grundsätzlich darum, daß einer wirtschaftspolitischen Initiative der Regierung Erfolg und Achtung im Lande verschafft wird.

Dr. Croll

Die Schwierigkeiten mit Frankreich.

Berlin. Das Reichskabinett wird in den nächsten Tagen mehrere Sitzungen abhalten, um sich mit dem Problem der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen zu beschäftigen. Staatssekretär **Dr. Trendelenburg,** der in Berlin eingetroffen ist, hat bereits den Mitgliedern der Reichsregierung über die entstandenen Schwierigkeiten Bericht erstattet. Danach scheint die **Frage der 26prozentigen Ausfuhrabgabe,** die zu ernsten Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen und der französischen Regierung geführt hat, bei den Erwägungen des französischen Ministerpräsidenten eine außerordentlich große Rolle zu spielen. Herriot hat den deutschen Vertretern gegenüber den Standpunkt vertreten, daß Frankreich von sich aus nicht in der Lage sei, die 26prozentige Abgabe fallen zu lassen, da es sich um eine politische Frage handelt, die die alliierten Regierungen in ihrer Gesamtheit ansehen.

In den politischen Kreisen hat man den Eindruck, daß die französische Regierung höchstwahrscheinlich durch das Eingreifen der englischen Diplomatie veranlaßt worden ist, in der Frage der 26prozentigen Ausfuhrabgabe unnachgiebig zu bleiben. Diese Abgabe, die geeignet ist, die **deutsche Ausfuhr außerordentlich zu erschweren,** dürfte wohl **von englischer Seite verteidigt** werden, sodaß die deutsche Regierung einen sehr schweren Stand haben wird, um ihre Beseitigung durchzusetzen. Nach Lage der Dinge erscheint es zur Zeit sehr zweifelhaft, ob die französische Regierung sich dazu bewegen lassen wird, trotz des englischen Widerstandes in eine Aufhebung der berüchtigten Recovery-Akte einzuwilligen. Die Reichsregierung dürfte voraussichtlich ohne jede Einschränkung auf ihrem Standpunkt verharren, wonach sie keine Vereinbarungen eingehen kann, wenn diese Bestimmungen nicht in Fortfall kommen.

Eine Wahlrede des Reichskanzlers.

Breslau. Vor einer Wählerversammlung des Zentrums sprach gestern **Reichskanzler Dr. Marx** im überfüllten Saale des Schießwerders. Er betonte, Deutsche Volkspartei, Zentrum und demokratische Partei müßten den festen Kern in der Regierung und im Parlament bilden. Er wies auf die Stichproben der letzten Wochen in Mecklenburg, Hamburg und Anhalt hin, die nicht für einen so überwältigenden Sieg der Rechtsparteien zu sprechen schienen, daß eine Regierungsbildung ohne die Parteien der Mitte möglich wäre. **Eine gewisse Mäßigung in der Führung des Wahlkampfes sei notwendig,** wenn der neue Reichstag nicht von vornherein wieder zur Unfruchtbarkeit verurteilt sein solle. Eine Entgleisung sei es, die Person des Reichspräsidenten in den Wahlkampf hineinzuzerren. Der Reichspräsident stehe, solange er auf seinem Posten sei, über den Parteien, und die Parteien müßten diese Stellung respektieren. Das sei ein Gebot des politischen Anstandes, aber auch der Klugheit; denn was dem jetzigen Reichspräsidenten widerfahre, könne später einem andern widerfahren. Außerdem schädige man mit diesen ganz gegenstandslosen Angriffen das deutsche Ansehen in der Welt.

Zur Uebergabe der Regiebahnen.

Die von der französischen Eisenbahnregie mit Beschlag belegten deutschen Eisenbahnen im besetzten Gebiet umfaßten 5300 km Bahnlänge, d. h. über 10 Prozent des gesamten Reichsbahnnetzes. Die Franzosen können nicht grade mit Befriedigung auf die Erfolge ihres Regiebetriebes zurückblicken. Aber auch Deutschland sind schwere Wunden zugefügt worden. Abgesehen von all den Leiden, die uns hinreichend fühlbar geworden sind, ist der Einnahmeausfall der deutschen Reichsbahn aus Anlaß des Ruhreinbruchs auf 1500 Millionen Goldmark zu bemessen, während die Mehrausgaben auf 800 Millionen Goldmark zu schätzen sind. Nun endlich, am 16. November, wird das gesamte Regienetz wieder von der Reichsbahn übernommen werden. Die alten Reichsbahndirektionen und Aemter, Essen, Ludwigshafen, Mainz und Trier, werden wieder eingerichtet. Die Deutsche Reichsbahn wird aber nicht Rechtsnachfolgerin der Regie und haftet demgemäß auch nicht für die von der Regie abgeschlossenen Lieferungsverträge. Die Deutsche Reichsbahn hat sofort umfangreiche Vorbereitungen getroffen, um die entstandenen Schäden zu beseitigen. Zunächst bleibt allerdings der Regiefahrplan noch bestehen, um eine Verwirrung zu vermeiden, aber die Reichsbahn wird schnellstens einen verbesserten deutschen Fahrplan einführen. Dieser neue Fahrplan soll im wesentlichen den Zustand von 1922 vor dem Ruhrunternehmen wiederherstellen und will auch, soweit es die Verhältnisse der Reichsbahn gestatten, die zum 1. Juni 1923 bereits vorgesehenen, aber noch nicht durchgeführten **Fahrplanverbesserungen** bringen.

„Weihenstephan-Bier" das Juwel bayrischer Braukunst. Vertreter **R. Schwade, Riesa, Fernruf 49.**